

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen** der Stadt Burgdorf am
28.11.2011 Sitzungszimmer des Rathauses II

17.WP/WuF/002

Beginn öffentlicher Teil: 16:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:15 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:14 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:16 Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Zschoch, Mirco

stellv. Vorsitzender

Hinz, Gerald

Mitglied/Mitglieder

Apel, Robert
Braun, Hartmut
Ehrhardt, Hans-Joachim
Plaß, Barthold
Schulz, Kurt-Ulrich

stellv. Mitglied/Mitglieder

Rheinhardt, Michael - Vertreter für Herrn Ruser
-
Weilert-Penk, Christa - Vertreterin für Herrn
Weinel -

Beratende/s Mitglied/er

Gündel, Roy
Waldeck, Jürgen

Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Verwaltung

Gawert, Ulrike
Hammermeister, Lars
Herbst, Rainer
Kugel, Michael
Lahmann, Jörg
Lehmann, Robert
Philipps, Lutz
Scholz, André
Stabno, Martin
Voutta, Jens

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 14.11.2011
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen laut Geschäftsordnung
5. Betriebsabrechnung 'Bauhof / Gärtnerbauhof 2010'
Vorlage: 2011 0066
6. Friedhofsgebührenkalkulation 2011 - Neukalkulation
Vorlage: 2011 0053
7. 3. Änderung der Friedhofsgebührensatzung
Vorlage: 2011 0054
8. Zuschuss TSV Burgdorf Vereinsheim
Vorlage: 2011 0061
9. Erlass einer Hebesatzsatzung
Vorlage: 2011 0065
10. Lehrschwimmbecken der Gudrun-Pausewang-Grundschule
Vorlage: 2011 0071
11. Entwurf Haushaltssatzung 2012
Vorlage: 2011 0047
12. Entwurf Investitionsprogramm 2012
Vorlage: 2011 0048
13. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Zschoch eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend wurde die Tagesordnung in der dieser Niederschrift vorangestellten Form einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 14.11.2011

Herr Hinz bat darum, zu TOP 16 der Niederschrift ‚Entwurf Investitionsprogramm 2012‘ die Anregung von Herrn Ruser aufzunehmen, bei den Investi-

tionsmaßnahmen zusätzlich die jeweilige Nutzungsdauer anzugeben.

Mit dieser Änderung wurde die Niederschrift über die Sitzung am 14.11.2011 bei 2 Enthaltungen genehmigt.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Philipps teilte mit, dass die Neuberechnung des kommunalen Finanzausgleichs 2011 jetzt vorliege. Danach werde die Stadt Burgdorf rd. 321.000 € höhere Schlüsselzuweisungen erhalten. Da die Regionsumlage um rd. 138.000 € steigt, zeichnet sich hier eine Verbesserung gegenüber dem Haushalt von rd. 183.000 € ab.

Herr Stabno erklärte, dass aufgrund der Tatsache, dass das Beleuchtungskonzept Innenstadt mit Beschluss des VA vom 17.12.2010 abgelehnt wurde, beabsichtigt sei, über den Haushalt 2012 bestimmte Bereiche in der Innenstadt, nämlich das Rathaus I, die Kirche sowie das Schloss als Alternative zum Beleuchtungskonzept anzustrahlen. Hierfür würden rd. 54.000 € anfallen. Zuschüsse in Höhe von 50 % der Baukosten seien bei der NBank über die EFRE-Förderung beantragt.

4. **Anfragen laut Geschäftsordnung**

Es lagen keine Anfragen vor.

5. **Betriebsabrechnung 'Bauhof / Gärtnerbauhof 2010'** **Vorlage: 2011 0066**

Herr Philipps erklärte, dass es sich bei den geleisteten Bauhofstunden überwiegend um interne Leistungsverrechnungen handele. Der Bauhof erbringe seine Leistungen hauptsächlich für andere Einrichtungen der Verwaltung.

Herr Zschoch erkundigte sich nach dem gegenüber 2009 ausgewiesenen geringeren Stundensatz.

Hierzu verwies **Herr Philipps** auf die geleisteten Personalstunden. Bei etwa gleich bleibenden Kosten und einer höheren verrechenbaren Stundenzahl sinke der Stundensatz entsprechend.

Zu den auf Seite 4 angegebenen nicht verrechenbaren Stunden fragte **Herr Zschoch** nach, ob diese in der Kalkulation der Stundensätze berücksichtigt seien. Dieses wurde von **Herrn Philipps** bejaht.

Herr Zschoch bat um Erläuterung der auf Seite 12 dargestellten Kostensteigerungen von 2007 bis 2010. Bei den Personalkosten ergibt sich von 2007 nach 2010 eine Steigerung von 18 %, bei den Verwaltungskosten sei von 2007 nach 2010 eine Steigerung von 31 % zu verzeichnen.

Antwort über Protokoll:

Die Steigerung der Personalkosten setzt sich aus mehreren Faktoren zusammen. Zum einen waren im Jahr 2007 einzelne Stellen auf dem Gärtnerbauhof zeitweise nicht besetzt. Zwei Stellen waren 2007 nur ½ Jahr, in 2008 aber dann das ganze Jahr besetzt. 2008 betrug die Tariferhöhung 5,1 %. Im

Jahr 2008 befand sich ein Mitarbeiter in der Freistellungsphase der Altersteilzeit, dessen Stelle im Sommer 2008 wieder neu besetzt wurde, so dass hier entsprechend höhere Personalkosten anfielen. Auch im Jahr 2009 ging ein Mitarbeiter in die Freistellungsphase der Altersteilzeit. Zusätzlich wurde ab 2009 auf dem Bauhof eine Saisonkraft (jeweils vom 1.5. bis 31.10. d.J.) eingestellt. Ab dem Jahr 2009 kommt es dann außerdem zur jährlichen Auszahlung der Leistungsprämien.

Die Gebäudewirtschaftsabteilung nahm ihre Arbeit im September 2006 auf. Da noch keine Erfahrungswerte vorlagen, wurde bei den Verwaltungskosten 2007 ein entsprechend geringer Prozentsatz angenommen. Nach einer gewissen Anlaufphase konnten ab 2008 konkret ermittelte Prozentsätze der einzelnen für den Bauhof tätigen MitarbeiterInnen angesetzt werden.

Anschließend nahm der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen die Betriebsabrechnung ‚Bauhof / Gärtnerbauhof 2010‘ zur Kenntnis.

6. Friedhofsgebührenkalkulation 2011 - Neukalkulation
Vorlage: 2011 0053

Herr Stabno erklärte noch einmal die in der Vorlage dargestellten Grundzüge der Kalkulation.

Nach Beantwortung einiger Verständnisfragen nahm der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

7. 3. Änderung der Friedhofsgebührensatzung
Vorlage: 2011 0054

Einstimmig fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden ein-stimmigen Beschluss:

‚Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen schließt sich folgender Beschlussempfehlung an:

Der Rat beschließt die 3. Änderung der Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Burgdorf (Anlage 1) sowie die Neufassung des Gebührentarifs der Gebührensatzung (Anlage 2).‘

8. Zuschuss TSV Burgdorf Vereinsheim
Vorlage: 2011 0061

Herr Kugel führte aus, dass sich der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport für die Gewährung eines Zuschusses von 100.000 € ausgesprochen habe, allerdings mit dem Zusatz in dem Beschlussvorschlag, einen Zuschuss von **max.** 100.000 € zu gewähren.

Herr Hinz sprach sich ebenfalls für diesen Zusatz im Beschlussvorschlag aus, da hier ein Zuschuss von deutlich mehr als 10 % entsprechend der Sportförderrichtlinien gezahlt werden soll.

Herr Plass erklärte für die CDU-Fraktion, dass diese einer Zuschussgewäh-

zung zustimmen werde, sich aber vorstellen könne, einen Betrag von 25.000 € als Zuschuss und über den Restbetrag ein Darlehen an die TSV zu gewähren.

Herr Baxmann machte deutlich, dass es der TSV nicht möglich sei, ein entsprechendes Darlehen zu finanzieren. Außerdem bleibe das Gebäude auch weiterhin im Eigentum der Stadt Burgdorf.

Herr Zschoch wies darauf hin, dass die Stadt Burgdorf eine gewisse Verantwortung trage. Hier würde man bewusst einen über die Sportförderrichtlinien hinausgehenden Betrag zahlen wollen, der für andere Vereine einen Präzedenzfall schaffen könne.

Dem widersprach **Herr Baxmann**. Bei künftigen Zuschussanträgen sei der Rat frei in seiner Entscheidung. Mit der TSV sei verabredet worden, Ersatz für den Fall zu suchen, wenn das VAZ nicht mehr als Vereinsheim zur Verfügung stehe. Von daher sollte jetzt nicht mitten in den Planungen Wortbruch gegenüber der TSV begangen werden.

Langfristig – so **Herr Baxmann** – könne über andere Modelle der Zuschussgewährung, u.a. auch einer evtl. Darlehensgewährung, beraten werden.

Herr Hinz schlug vor, dieses Thema im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zu vertiefen.

Anschließend fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden einstimmigen Beschluss:

„Vorbekanntlich der Mittelbereitstellung durch den Rat und der Genehmigung des Haushalts 2012 durch die Region Hannover erhält die TSV Burgdorf für die Errichtung eines Vereinsheimes einen Zuschuss in Höhe von max. 100.000,00 €.“

9. **Erlass einer Hebesatzsatzung** **Vorlage: 2011 0065**

Herr Philipps erläuterte, dass bisher die Hebesätze über die Haushaltssatzung festgesetzt wurden. Da der Haushaltsplan 2012 aber erst Ende Januar 2012 verabschiedet werde, wird über diese Vorlage eine entsprechende Hebesatzsatzung vorgeschlagen. Zu Grunde gelegt wurden hierbei die laut Haushaltssicherungskonzept 2011 festgesetzten neuen Hebesätze ab 2012. Mit dieser Möglichkeit werde die Verwaltung in die Lage versetzt, die entsprechenden Jahressteuerbescheide rechtzeitig zu verschicken, ohne nach Genehmigung des Haushalts 2012 erneut berichtigte Bescheide versenden zu müssen. Hierfür würden zusätzliche Portokosten von rd. 7.500 € sowie weiterer Personalaufwand in der Verwaltung entstehen.

Herr Hinz erklärte, dass Teil des Haushaltssicherungskonzeptes die Anpassung der Hebesätze sei, diese aber aufgrund der Kostensteigerungen auch gerechtfertigt wären.

Herr Plass betonte, dass die CDU-Fraktion die Erhöhung der Hebesätze im letzten Haushaltssicherungskonzept abgelehnt habe, weil sie durch eine Erhöhung den Wirtschaftsstandort gefährdet sehe. Im Vergleich zu anderen Kommunen seien die Hebesätze in Burgdorf bereits jetzt schon relativ hoch.

Herr Baxmann führte aus, dass Burgdorf mit den Hebesätzen im Mittelfeld liege. Ein leistungsstarker Wirtschaftsstandort zeichne sich aber nicht durch die Hebesätze sondern durch entsprechende Infrastruktur aus.

Herr Waldeck wies darauf hin, dass die Betriebe die Gewerbesteuer aus ihren Gewinnen zahlen müssten. Insofern würde eine Erhöhung zu weiteren Belastungen der Unternehmen, die hier ihre Leistungen erbringen, führen.

Hierauf erwiderte **Herr Baxmann**, dass sich die Gewerbesteuer zum Teil auch auf die Einkommensteuer anrechnen lasse. Allerdings sei seiner Meinung nach der Kreis der Gewerbesteuerzahler zu klein. S.E. müssten insbesondere die sog. Freiberufler und andere Berufsgruppen hier mit einbezogen werden.

Herr Apel wies darauf hin, dass in der Wirtschaft schon auf solche Steuererhöhungen geachtet werde. Man dürfe hier den psychologischen Effekt nicht ausser Acht lassen.

Nach kurzer weiterer Diskussion fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen bei 3 Neinstimmen folgenden **Beschluss**:

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Rat, den nachfolgend formulierten Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, die Hebesatzsatzung vom 08.12.2011 in der sich an der Anlage 1 der Vorlage Nr. 2011 0065 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage beigefügten) Fassung zu erlassen.‘

Das bereits mit Datum vom 23.06.2011 versandte Schreiben mit den Realsteuerhebesätzen der Städte und Gemeinden in der Region Hannover liegt dem Protokoll als Anlage 1 bei.

10. Lehrschwimmbecken der Gudrun-Pausewang-Grundschule Vorlage: 2011 0071

Herr Lehmann erläuterte die Gründe, die zur kurzfristigen Schließung des Lehrschwimmbekens geführt haben.

Der Brandschutzprüfer der Region hat nach der Begehung des Lehrschwimmbekens in der letzten Woche erhebliche Bedenken geäußert. Die Sicherheit der Nutzer konnte nicht mehr gewährleistet werden, so dass eine kurzfristige Entscheidung getroffen werden musste. Innerhalb der Verwaltung wurde nach Abstimmung zwischen der Fachabteilung und der Bauordnungsabteilung die Entscheidung getroffen, das Bad sofort zu schließen.

Herr Zschoch unterbrach die Sitzung und erteilte Herrn Jürgen Birth, stellv. Vorsitzender des Stadtelternrates, das Wort.

Herr Birth wies darauf hin, dass ein Eigentümer die Pflicht habe, sein Eigentum zu erhalten. Seines Erachtens seien nach dem Gutachten lediglich 30.000 € für Brandschutzmaßnahmen des Bades notwendig, der Restbetrag falle scheinbar für andere Maßnahmen an. Die Elternvertreter laden zum Dialog ein, um noch einmal in sachlicher Atmosphäre über einen Fortbestand des Bades zu reden. Das Bad werde regelmäßig von der Schule genutzt, damit alle Kinder der Schule das Schwimmen erlernen und die Grundschule

mit dem Bronzeabzeichen verlassen können.

Anschließend erteilte **Herr Zschoch** Herrn Schmidt, der einen Betrieb für Klimatechnik in Otze führt, das Wort.

Herr Schmidt wies darauf hin, dass er das Bad seit längerem betreue und bereits öfter auf den fehlenden Brandschutz hingewiesen habe.

Herr Lahmann erklärte, dass über den Bericht über die wiederkehrende Prüfung der Sporthalle der Gudrun-Pausewang-Grundschule vom 11.4.2011 von der Bauordnung Mängel im Bereich des Brandschutzes auch des Lehrschwimmbeckens festgestellt worden seien. In einem Abstimmungsgespräch mit der Bauordnungsabteilung im Mai dieses Jahres sei dann festgelegt worden, dass zunächst ein Fach-Ingenieur mit der Ermittlung der Kosten für die erforderlichen Maßnahmen an der Lüftungsanlage beauftragt werde, um diese dann über den Haushaltsplan 2012 anmelden zu können. Die Kostenschätzung für die brandschutztechnische Ertüchtigung der Lüftungsanlage sei im Juli 2011 mit einem Kostenumfang von über 31.000 € vorgelegt worden. Hinsichtlich der Aussage des Rates der Stadt Burgdorf, das Lehrschwimmbecken zu schließen, wenn größere Reparaturen anstehen, sei daraufhin ein Planungsbüro mit der Erstellung eines Gesamtkonzeptes zum baulichen und technischen Sanierungsaufwand zum Fortbestand des Lehrschwimmbeckens beauftragt worden, welches am 14.11.2011 vorgelegt worden sei. Insgesamt müssten danach rd. 50.000 bis 60.000 € nur für Brandschutzmaßnahmen aufgewendet werden, um das Bad weiter nutzen zu können. Bei der Sporthalle, die über eine eigene Lüftungsanlage verfüge (im Technikeller auch räumlich getrennt von der Lüftungsanlage des Lehrschwimmbeckens), stelle sich die Situation etwas anders dar, da diese über direkt ins Freie führende Fluchtwege verfüge. Die Situation im Lehrschwimmbecken sei jetzt nicht mehr tragbar, so dass es zu dieser kurzfristigen Schließung gekommen sei.

Herr Schulz stellte fest, dass ihn die Höhe der Betriebskosten des Lehrschwimmbeckens überrascht habe. Er habe bisher einen Betrag von rd. 30.000 € angenommen. Er stellte den Antrag an die Verwaltung zu prüfen, in welchem Maß das Hallenbad für den Schwimmunterricht der Schüler genutzt werden könne.

Nach kurzer weiterer Diskussion bat **Frau Weilert-Penk** um eine differenzierte Kostenaufstellung, aus der die tatsächlich ausschließlich für das Bad anfallenden Beträge ersichtlich seien. Dieses wurde von der Verwaltung zugesagt.

Die Aufstellung liegt dem Protokoll als Anlage 2 bei.

Anschließend wurde die Vorlage vom Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen zur Kenntnis genommen.

11. Entwurf Haushaltssatzung 2012 Vorlage: 2011 0047

Herr Philipps wies auf die vorgelegte Liste mit den Änderungen zum Haushaltsplan-Entwurf hin.

Herr Braun erkundigte sich nach der in der Liste aufgenommenen Maßnahme ‚Toilettensanierung in der Waldschule‘. Hierzu erklärte **Herr Phi-**

lipps, dass die Fachabteilung zur Zeit keine Notwendigkeit für diese Maßnahme sehe.

Zu den lfd. Nrn. 1 und 16 des Ergebnishaushalts erklärte **Herr Kugel**, dass es sich hier um Zuweisungen bzw. Aufwendungen für Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes handele. Für die Jahre 2011, 2012 und 2013 werden jeweils rd. 99.000 € als Zuweisung vom Land gezahlt, für die Jahre 2012 und 2013 sollen davon je 48.500 € für Hausaufgabenhilfen und eine sog. Auffanggruppe für Problemfälle in den Schulen bereitgestellt werden.

Herr Baxmann wies darauf hin, dass es sich hier nur um ein zusätzliches Angebot auf Zeit handele und dieses ab 2014 wieder weg falle.

Anschließend wurden entsprechende Fragen zum Haushaltsplan-Entwurf gestellt.

Herr Braun erkundigte sich nach der Erfordernis des Ansatzes von 200.000 € für einen neuen MAN.

Hierzu erläuterte **Herr Herbst**, dass dieses Fahrzeug als einziges in der Lage sei, größere Mengen Material z.B. auf landwirtschaftliche Wege zu transportieren, des Weiteren verfüge es über einen Kran, mit dem u.a. die Grüngutbehälter an den Schulen und sonstigen Einrichtungen geleert werden können und es werde u.a. auch als Spezialfahrzeug für den Winterdienst eingesetzt. Das Fahrzeug sei das ganze Jahr über für verschiedene Aufgaben im Einsatz. Das jetzige Fahrzeug sei Baujahr 1989 und entsprechend reparaturanfällig. Ersatzteile seien mittlerweile nicht mehr zu bekommen.

Zu den auf Seite 313 aufgeführten Einzelmaßnahmen im Bereich städtischer Gebäude erkundigte sich **Herr Hinz**, ob es eine Prioritätenliste hierfür gebe. Dieses wurde von **Herrn Lahmann** verneint.

Frau Weilert-Penk fragte nach, welche Maßnahmen an der Hausmeisterwohnung des Gymnasiums vorgenommen werden sollen. **Herr Lahmann** erklärte, dass es sich hier um eine Komplettsanierung handele.

Zu der Frage von **Herrn Hinz** zur Anschaffung eines Seitenradars (s. 375) und der Häufigkeit der Nutzung erläuterte **Herr Herbst**, dass dieses Gerät bei jeder Verkehrszählung eingesetzt werden soll. Das jetzige Messgerät liefere falsche Daten, so dass z.Zt. die Verkehrszählungen mit Personal des Bauhofes durchgeführt werden müssen, was bei jeder Zählung Kosten von mehreren Hundert Euro verursache.

Zu der auf S. 420 aufgeführten Maßnahme ‚Baumallee Ahrbergenweg‘ erklärte **Herr Herbst**, dass es sich hier noch um durchzuführende Kompensationsmaßnahmen aus dem Baugebiet Nord West handele. Dem Protokoll liegt ein Plan des Pflanzgebietes als Anlage 3 bei.

Zu dem auf Seite 420 aufgeführten Holzdeck im Stadtpark liegt ebenfalls eine Zeichnung dem Protokoll als Anlage 4 bei.

Herr Zschoch erkundigte sich, ob es bereits Tendenzen seitens der Region zur Umlage gebe. Hierzu erklärte **Herr Philipps**, dass er davon ausgehe, dass die Hebesätze nicht erhöht werden.

Anschließend wurde der Tagesordnungspunkt verlassen.

12. Entwurf Investitionsprogramm 2012
Vorlage: 2011 0048

Ohne Aussprache wurde der Tagesordnungspunkt verlassen.

13. Anregungen an die Verwaltung

Herr Plass regte an, im Ausschuss stärker über Wirtschaftsförderung zu sprechen.

Von **Herrn Philipps** wurde darauf hingewiesen, dass das Haushaltssicherungskonzept 2012 sowie der Haushaltssicherungsbericht des Jahres 2010 derzeit erstellt und voraussichtlich noch vor Weihnachten den Ratsmitgliedern zugestellt werde.

Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohner mehr anwesend.

Geschlossen:

Erster Stadtrat

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin